

Luzern

Bauboom in Kriens

Im Schweighof geht's vorwärts: Ab Herbst entstehen 65 neue Wohnungen. 23

Bedeutender Etappensieg für Luzern

Durchgangsbahnhof «Wir haben für Luzern und die Zentralschweiz erreicht, was zu erreichen war.» Dies erklärt der Luzerner CVP-Ständerat Konrad Graber gegenüber unserer Zeitung, nachdem die zuständige Kommission des Ständerats am Montag den Ausbausritt 2035 für die Bahninfrastruktur zu Ende beraten hat. Zwei Anträgen wurde zugestimmt, mit denen die Weichen für den Bau des Durchgangsbahnhofs gestellt werden. Konkret ist nun festgehalten, dass der 2,4 Milliarden Franken teure unterirdische Bahnhof inklusive Auflageprojekt geplant wird. Sollte die Projektierung zügig voranschreiten und andere Projekte harzen, könnte ein Baustart sogar vorgezogen werden.

Das ist ein wichtiger Etappensieg. Denn in der ursprünglichen Botschaft des Bundesrats war der Durchgangsbahnhof nicht im Investitionspaket enthalten, das bis zirka 2035 umgesetzt werden soll. Entsprechend gross war die Enttäuschung in Luzern. «Nun ist sichergestellt, dass die Projektierung inklusive Auflageprojekt ohne Unterbruch erfolgen kann», sagt Graber. «Mit diesen Beschlüssen wurde die definitive Basis für den Durchgangsbahnhof Luzern gelegt. Dieser wird damit bestimmt in den Ausbausritt 2040 aufgenommen.»

Einstimmiger Entscheid

Voraussetzung ist, dass National- und Ständerat zustimmen. Doch das dürfte angesichts des klaren Entscheids der Kommission Formsache sein. Sie ist einstimmig dafür, die Projektierung inklusive Auflageprojekt des Durchgangsbahnhofs in den Ausbausritt 2035 aufzunehmen.

Ungewiss ist aber, ob die Beschlüsse überhaupt einen Einfluss auf den Eröffnungstermin haben. Denn das Bundesamt für Verkehr (BAV) und die SBB rechnen damit, dass die Projektierung bis 2028 dauert. Bereits 2026 wird der Bundesrat die Botschaft für den Ausbausritt 2040 vorgelegen. Somit wäre ohnehin ein lückenloser Übergang möglich. Nun hat aber die Zentralschweiz die geforderte hohe Verbindlichkeit erhalten, dass der Durchgangsbahnhof nach der Projektierung auch realisiert werden kann. Eine Inbetriebnahme um 2040 wird wahrscheinlich.

Küng: «Wichtiger Schritt für das Projekt»

Entsprechend zufrieden ist der Luzerner Regierungspräsident Robert Küng (FDP): «Damit ist ein wichtiger Schritt für dieses wegweisende Projekt erreicht und eine unterbrechungsfreie Projektierung inklusive Auflageprojekt möglich.» Dafür habe sich die Luzerner Regierung zusammen mit den Zentralschweizer Kantonen und Parlamentariern eingesetzt. Nun gelte es, dafür zu sorgen, dass auch die Räte zustimmen. Die Beratungen im Ständerat sind für die Frühjahrsession geplant.

Christian Glaus
christian.glaus@luzernerzeitung.ch

Oberstaatsanwalt fordert Experten

Cyberkriminalität Der Kanton Luzern soll in der Zentralschweiz zu einem Vorreiter in der Bekämpfung der Internetkriminalität werden. Zwei Drittel der Fälle musste die Staatsanwaltschaft sistieren – weil Wissen fehlt.

Alexander von Däniken
alexander.vondaeniken@luzernerzeitung.ch

Sie schreiben im Internet Wohnungen zur Miete aus und verlangen eine Anzahlung, doch die Wohnung gibt es nicht. Oder sie gelangen an Kreditkartendaten und bestellen wild darauf los. Internetkriminelle treiben vermehrt ihr Unwesen, während den Behörden die Hände gebunden sind. Das erklärte der Luzerner Oberstaatsanwalt Daniel Burri anlässlich der Präsentation der Jahresstatistik gestern Vormittag.

Erstmals hat die Luzerner Staatsanwaltschaft für das vergangene Jahr die Zahlen aufgeschlüsselt, die in den Bereich der Internetkriminalität fallen. Das Fazit ist ernüchternd: 469 Fälle wurden 2018 bearbeitet, in 310 Fällen musste das Verfahren sistiert werden. Also in zwei von drei Fällen. «Es fehlt an Fachwissen und an der entsprechenden Infrastruktur», sagte Burri konsterniert. Bisher wurden die Zahlen in den üblichen Deliktgruppen wie Vermögensdelikte oder Pornografie gelistet. Da die Internetkriminalität mit der zunehmenden Digitalisierung an Bedeutung gewinnt, werden diese Fälle von nun an separat ausgewiesen.

Zusammenarbeit mit Polizei und anderen Kantonen

Der Oberstaatsanwalt fordert, dass spezialisierte Staatsanwälte eingesetzt werden. Diese können in Luzern ausgebildet werden. Der entsprechende Lehrgang ist in Planung. Das Ziel sei nicht, eine neue Abteilung zu schaffen, sondern die Spezialisten der Abteilung IV für Spezialdelikte zuzuordnen. Die Cyber-Crime-Staatsanwälte sollen eng mit der Luzerner Polizei zusammenarbeiten – und mit Kantonen, allen voran Zürich, das in diesem Bereich schon viel weiter ist. In der Zentralschweiz nähme Luzern aber eine Pionierrolle ein.

Zweites Ziel ist laut Burri das Anschaffen modernster Computertechnik, Hardware und Software. «Wir müssen jetzt handeln, damit wir diese Form von Kriminalität auch wirksam bekämpfen können. Ohne schnelles Handeln wird uns die Cyberkriminalität überrollen.» Burri will demnächst mit dem neuen Kripo-Chef der Luzerner Polizei, Jürg Wobmann, eine Strategie entwickeln. Im Herbst sollen die Pläne dem Regierungsrat vorgestellt werden.

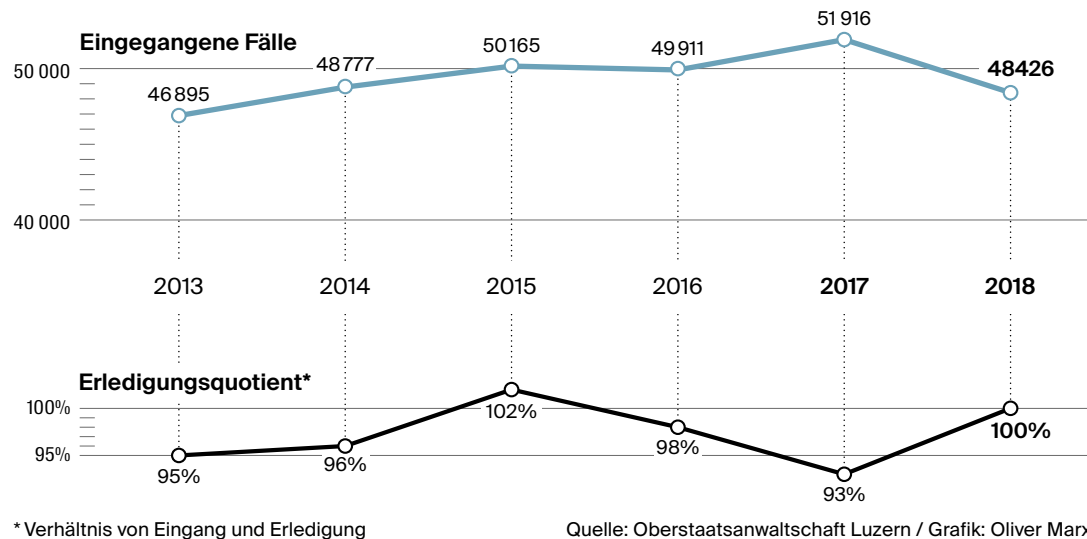
Ein bekanntes Problem der Internetkriminalität ist, dass sie keine Ländergrenzen kennt: Der Drahtzieher kann zum Beispiel in Russland leben, die Macher werden über amerikanische Server abgewickelt, die Mittelsmänner sind in Südostasien. Dem ist sich Oberstaatsanwalt Burri bewusst. Die konkreten Folgen finden aber auch im Kanton Luzern statt, etwa wenn Geschädigte hier leben. Dann nütze es nichts, wenn zwar Zürcher Staatsanwälte das Know-how haben,



Die Staatsanwaltschaft Luzern kämpft im Bereich der Internetkriminalität um Anschluss.

Bild: Getty

Staatsanwaltschaft des Kantons Luzern



die Luzerner aber nicht. So erstaunt es nicht, wenn von den 469 Fällen nur einer zur Anklage gebracht werden konnte. Bereits bestehende Fachgremien mit Vertretern von Bund und Kantonen seien nutzlos, solange nicht alle Beteiligten auf dem gleichen Stand sind, so Burri. Dasselbe gelte für das Verhältnis zwischen Polizist und Staatsanwalt. Letzterer müsse sich in der Materie auskennen, um andere Stellen um Amtshilfe zu ersuchen oder Verfügungen auszustellen. «Sonst wird der Polizist ausgebremsst.»

Weniger Fälle, dafür mehr komplexe

Gebremst ist vorerst auch der Anstieg der Falleingänge bei der Luzerner Staatsanwaltschaft. Nach

«Ohne schnelles Handeln wird uns die Cyberkriminalität überrollen.»

Daniel Burri
Oberstaatsanwalt Luzern

dem Rekord von 51 916 Fällen im Jahr 2017 ging die Zahl letztes Jahr um 7 Prozent auf 48 426 Fälle zurück (siehe Grafik). Weniger Arbeit hatten die Staatsanwälte deswegen nicht, wie Daniel Burri betonte. Im Gegenteil: Während besonders leichtere Vergehen, etwa Verstöße gegen das Strassenverkehrsgesetz, zurückgingen, «hat die Zahl der komplexen Fälle, die nicht innerhalb eines Jahres erledigt werden können, zugenommen». Entsprechend konnten im Verhältnis zu den Falleingängen zwar 100 Prozent der Fälle erledigt werden, die Überlast wurde aber nicht abgebaut.

37 042 Fälle konnten mittels Strafbefehl erledigt werden. Das sind knapp 2000 Fälle weniger als 2017. Dafür wurden

Internet als Waffenbasar

Importe Die Staatsanwaltschaft Luzern hat letztes Jahr 58 Fälle von illegalem Waffenimport registriert. In diesen Fällen wurden meist übers Internet Schreckschusswaffen oder Spring- und Schmetterlingsmesser aus dem Ausland bestellt. Die Waffen wurden beim Zoll sichergestellt, weil sie in der Schweiz illegal oder bewilligungspflichtig sind. Stammt der Besteller aus dem Kanton Luzern, schaltet sich die Luzerner Staatsanwaltschaft ein. Die Tendenz bei solchen Waffenimporten ist steigend. Dieses Jahr sind es bereits rund 30 Fälle.

Bei den letzten Jahr illegal importierten Waffen handelt es sich unter anderem in 20 Fällen um Spring- und Schmetterlingsmesser, in 15 Fällen um Softair- und Schreckschusspistolen und in je 5 Fällen um Schlagstöcke und um Elektroschockgeräte.

Es droht ein Eintrag im Strafregister

Die Luzerner Staatsanwaltschaft will nun besonders Eltern dafür sensibilisieren, vermehrt darauf zu achten, was die Jugendlichen über Kaufplattformen wie Wish bestellen. Denn die Konsequenzen sind laut Oberstaatsanwalt Daniel Burri einschneidend. «Wird ein illegaler Waffenimport festgestellt, hat dies eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren zur Folge. Dazu kommen eine Busse und das Auferlegen der Untersuchungskosten von jeweils mehreren hundert Franken.» Auch gibt es einen Eintrag ins Strafregister, der selbst bei einer bedingten Geldstrafe während zweier Jahre auf einem Privatauszug ersichtlich ist.

Gerade für Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen, oder für junge Erwachsene, die in eine eigene Wohnung ziehen wollen, sei ein Strafregistereintrag schädlich, so Burri weiter. «Dank der tiefen Hürden ist ein Kauf übers Netz schnell passiert.» (avd)

433 Fälle an Gerichte überwiesen; 40 mehr als im Vorjahr. «Wenn Fälle ans Gericht gelangen, ist das mit viel Aufwand für uns verbunden», so Burri. 291-mal wurde ein Fall ans Bezirksgericht überwiesen, etwa weil ein Strafbefehl nicht akzeptiert wurde. 142 Mal gelangte ein Fall ans Kriminalgericht; zum Beispiel weil das Strafmass zu hoch war.

Zugenommen haben auch Vermögensdelikte (um 17,5 auf 5449), Delikte gegen das Betäubungsmittelgesetz (um 21 Prozent auf 1829) oder Delikte gegen die sexuelle Integrität (um 22,5 Prozent auf 309). Die Zahl der Falleingänge bei der Jugendanwaltschaft ist mit 1610 auf stabilem Niveau. Dabei nimmt die Zahl der Gewaltdelikte ab.